

Der Kapitalmarkt

Regierungsverhandlungen Spezial 2019

Das Informationsservice für finanzpolitische Entscheider

2 Zukunft des Kapitalmarkts

Wohin steuert eine neue Regierung?

Nach langen Sondierungen jetzt in Regierungsverhandlungen. Die künftigen, potenziellen Regierungspartner müssen zuerst ihre doch sehr gegensätzlichen inhaltlichen Positionen ausloten und gemeinsam die Rahmenbedingungen für die Legislaturperiode bis 2024 festlegen. Das gilt auch für eine zukünftige Kapitalmarktstrategie.

5 Studie

Börseplatz schafft Arbeitsplätze

Die neueste volkswirtschaftliche Erhebung der Effekte des Kapitalmarkts wurde, wie zuletzt vor zwei Jahren, wieder vom Industriewissenschaftlichen Institut (iwi) im Auftrag des Aktienforums durchgeführt. Sukkus: Profiteure eines funktionierenden Börseplatzes sind beileibe nicht nur die börsennotierten Unternehmen und deren Anleger, sondern die gesamte Wirtschaft und vor allem die Bürgerinnen und Bürger.

8 Über uns/Impressum

Zukunft des Kapitalmarkts

Wohin steuert eine neue Regierung?

Hinter uns liegt ein kompliziertes politisches Jahr. Dem jähen Ende der türkis-blauen Zusammenarbeit in der Bundesregierung folgte eine schwierige Wahl, die zwar klare Sieger hervorbrachte, aber kaum stabile Koalitionsvarianten für die kommenden Jahre. Ende November (als dieser Kapitalmarktbrief in Druck ging) zeichnete sich ein gewisser Druck auf einen Abschluss der türkis-grünen Regierungsverhandlungen ab, auch wenn andere Varianten noch nicht ganz ausgeschlossen schienen. Eine klare politische Ausrichtung einer künftigen Bundesregierung war jedenfalls (noch) nicht auszumachen.

Inhaltliche Herausforderung

Käme es zu einer neuartigen Zusammenarbeit zwischen der Volkspartei und den wieder erstarkten Grünen, wäre das wohl in mancherlei Hinsicht eine inhaltliche Herausforderung. Im medialen Fokus stehen dabei zumeist die Unterschiede in den Fragen Klimapolitik, Migration und allenfalls noch Soziales, Gesellschaft und Bildung. Dass es auch in Standortfragen deutlich divergierende Positionierungen gibt, wird dabei gern vergessen.

Für die Entwicklung Österreichs wird es aber entscheidend sein, wie zukünftig die Industrie als einer der Pfeiler des Wohlstands betrachtet wird, oder wie mit anstehenden, zentralen Infrastrukturprojekten verfahren wird. Und nicht zuletzt geht es natürlich auch um den heimischen Kapitalmarkt und seine Bedeutung für die Volkswirtschaft (siehe Story ab Seite 5).

Grüne Altlasten

Die Herausforderungen bei der Überwindung der Differenzen zwischen Volkspartei und Grünen sind ein Thema. Die bestehenden Hemmnisse auf dem Kapitalmarkt, etwa was Börsengänge angeht, allerdings ein schon lange bestehendes Problem. Aus Sicht des Standorts reicht es eben nicht, nur den regulatorischen und steuerlichen Status quo fortzuschreiben und außer Streit zu stellen. Gefragt wären Initiativen, die der Wirtschaft einen Impuls gerade in Zeiten eines von vielen Experten erwarteten Abschwungs geben.



Nötige Sanierung:
Das Parlamentsgebäude soll sich 2021 runderneuert präsentieren – der Kapitalmarkt braucht schon davor zeitgemäße Bedingungen.

Blickt man auf die bisher bekannten Positionen der Grünen, so ist zweierlei festzuhalten. Erstens: Im aktuellen Wahlprogramm spielt der Kapitalmarkt kaum eine Rolle. An einer Stelle ist allerdings die Rede davon, dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden soll, die Aktien, Anleihen und Derivate umfasst. Eine solche Steuer würde freilich eine zusätzliche Schwächung des Kapitalmarkts in Österreich bedeuten und wäre somit – genauso wie eine vielfach ins Spiel gebrachte Aktiensteuer auf europäischer Ebene – Gift für die Konjunktur.

Andere grüne Positionen sind schon eher älteren Datums. Eine Umfrage des „Börsianer“ aus dem ersten Quartal 2015 gibt immerhin Aufschlüsse darüber, wie sich die Grünen vor ihrem vorübergehenden Abschied aus dem Nationalrat und der Abspaltung der „Liste Pilz“ zum Kapitalmarkt gestellt hatten. Die Noten des „Börsianer“ divergierten durchaus: Während die Grünen in der Frage eines Bürokratieabbaus und effizienterer Regulierung sogar ein „Sehr Gut“ einheimen konnten, schnitten sie in anderen zentralen Themenbereichen weniger gut ab. In der Frage der gleichen Besteuerung von Eigen- und Fremdkapital brachte man es wie in der Frage der Eigenkapitalaufnahme von KMU zu einem „Befriedigend“.

Was generell die Frage von Privatisierungen, die Stärkung betrieblicher Zukunftsvorsorge oder der Hebung von Finanz- und Kapitalmarktwissen anging, reichte es bloß für ein „Genügend“. Im Bereich der privaten Zukunftsvorsorge fielen die Grünen beim „Börsianer“ überhaupt durch. Im Vergleich mit den anderen 2015 im Nationalrat befindlichen Parteien schnitten die Grünen jedenfalls unterdurchschnittlich ab.

Rasche Steuerreform

Das ist freilich keine valide Aussage über die Zukunft, sondern bloß der Hinweis darauf, dass Kapitalmarktangelegenheiten ein ebenfalls heiß umkämpftes Verhandlungskapitel darstellen. Mit Blick auf die Anzahl der börsennotierten Unternehmen in Österreich, die im langfristigen Trend seit 2010 rückläufig ist, steht eine neue Regierung unter einigem Handlungsdruck.

Neben evidentem Handlungsbedarf, was eine Entrümpelung der Regulierungen angeht, steht dabei wohl auch unter Türkis-Grün ein rasch zu schnürendes Steuerreform-Paket auf dem politischen Speisezettel. Hier müsste jedenfalls eine Rücknahme der Anhebung der Kapitalertragsteuer (KESt) auf Dividendenauszahlungen auf 27,5 Prozent enthalten sein. Die Senkung auf einheitlich



K&K-Koalitionsgespräche:
ÖVP-Chef Sebastian Kurz und
Grünen-Sprecher Werner Kogler
müssen sich auch beim Thema
Börseplatz erst annähern.

25 Prozent wäre nur ein Gebot der Fairness. Denn klar ist, dass die Anhebung der KEST in der aktuellen Niedrigzinsphase ein fatales Signal an Privatanleger ist. Ebenso dringlich sollte man steuerlich zwischen kurzfristigen Spekulationen und langfristigen Investitionen, etwa zur Altersvorsorge oder zu individuellem Vermögensaufbau, unterscheiden. Wertpapierveranlagungen, die länger als ein Jahr gehalten werden, sollten gänzlich von der KEST befreit werden – so, wie es übrigens auch schon unter sozialdemokratisch geführten Regierungen gehalten wurde.

Um auch wieder mehr Unternehmen an die Börse zu bringen, sollten Börsegänge vor allem von KMU durch steuerliche Anreize angestoßen werden, etwa durch einen Freibetrag für Kosten aus einem IPO. Das würde im KMU-Land Österreich die finanzielle Schwelle für Unternehmer zum Eintritt in den börslichen Markt senken.

Und zuletzt wäre es auch wünschenswert, dass eine neue Regierung sieht, dass durch eine Senkung der Körperschaftsteuer auch Löhne und Gehälter profitieren – und zwar aufgrund der Erhöhung der Lohnsumme. Das stellt eine Win-win-Situation für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen dar.

25%

Eine KEST-Senkung wäre ein Gebot der Fairness.

Position Aktienforum

- Kapitalmarktregulierungen entrümpeln und praxisnäher gestalten
- Steuerreform mit kapitalmarktfördernden Elementen auf den Weg bringen
- Gerechtigkeit bei der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen herstellen
- Vermögensaufbau und Altersvorsorge stärken
- Börsegänge attraktiver machen

Studie

Börseplatz schafft Arbeitsplätze

Die Verschwörungstheorie der gerade in Österreich zahlreich anzutreffenden Kapitalmarkt-Kritiker lautet wie folgt: Am Börseplatz tummeln sich die Superreichen, um zusätzliches, arbeitsloses Einkommen zu scheffeln und die breite Masse auszubeuten. Dieser vielfach geteilte Humbug ist zwar leicht zu widerlegen. Dennoch hat sich das Aktienforum in einer immer stärker emotionalisierten öffentlichen Debatte das Ziel gesetzt, periodisch aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zu liefern, warum die oben erwähnte „Kausalkette“ ungefähr so plausibel und stichhaltig ist, wie die Theorie der uns alle gefährdenden Chemtrails.

Wider die Verschwörungstheorien

Die neueste Erhebung wurde, wie zuletzt vor zwei Jahren, wieder vom Industriewissenschaftlichen Institut (iwi) im Auftrag des Aktienforums durchgeführt. Sukkus der Studie: Die Zielsetzung eines attraktiven Kapitalmarkts in Österreich ist beileibe kein Selbstzweck, sondern ein mehr als relevanter Standortfaktor. Profiteure eines funktionierenden Börseplatzes sind beileibe nicht nur die börsennotierten Unternehmen und deren Anleger, sondern die gesamte Wirtschaft und vor allem die Bürgerinnen und Bürger.

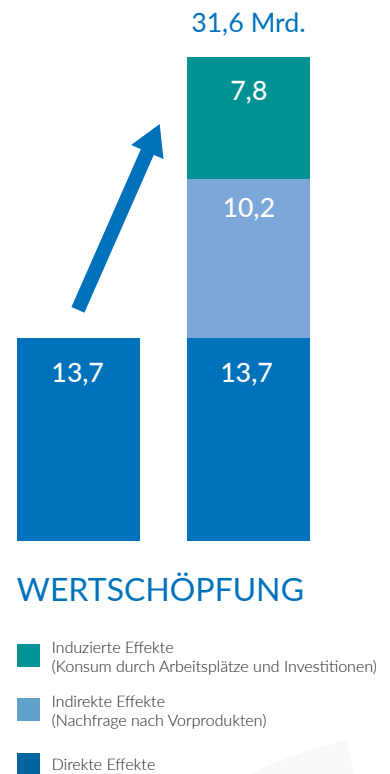
Im Fokus der Studie stand die volkswirtschaftliche Bedeutung der 75 in Österreich börsennotierten Unternehmen für den Standort. Durch die vor zwei Jahren ebenfalls durch das iwi erhobenen Daten ist hier auch eine hohe Kontinuität und Vergleichbarkeit der Daten gewährleistet.

(Wohl-)Standort

Wie 2017 beweisen auch die neuen Zahlen eindrucksvoll, dass es signifikant positive gesamtwirtschaftliche Effekte der börsennotierten Unternehmen gibt. Das kann wiederum als direkter Beleg dafür gelten, wie wichtig diese Betriebe für die rot-weiß-rote Volkswirtschaft sind. Zu den Schlüsselergebnissen der Studie im Detail (s. Grafiken):

- Die börsennotierten Unternehmen sichern in Österreich gesamthaft betrachtet mehr als 430.000 Arbeitsplätze. Hier werden direkte und indirekte Effekte zusammengerechnet. Indirekte Effekte umfassen dabei etwa die vermehrte Nachfrage nach Vorprodukten oder den Konsum. Allein durch direkte Effekte werden in Österreich knapp 165.000 qualifizierte Arbeitsplätze gesichert.

Was die 75 börsennotierten Unternehmen an Wertschöpfung schaffen



- Die gelisteten Unternehmen allein stehen für einen geschaffenen Produktionswert von mehr als 78 Milliarden Euro jährlich. Direkt kommt der börsennotierte Sektor auf die stolze Zahl von knapp 40 Milliarden Euro.
- Damit sorgen sie allein für eine Wertschöpfung von mehr als 31 Milliarden Euro. Um die abstrakten Zahlen in ihrem unmittelbaren Nutzen besser zu visualisieren, nannte Aktienforum-Präsident Robert Ottel bei der Präsentation der iwi-Studie eine eingängige Formel: „Ein Beschäftigungsverhältnis in einem börsennotierten Unternehmen sorgt in Österreich für rund drei Arbeitsplätze.“

Imageverbesserung als erste Maßnahme

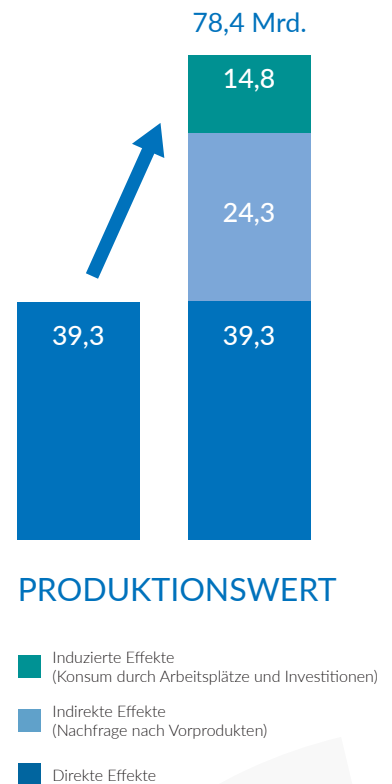
Das vom Aktienforum seit Jahren von allen politischen Entscheidungsträgern eingeforderte Bekenntnis zum heimischen Kapitalmarkt ergibt in diesem Licht also nicht nur Sinn, es ist eigentlich eine Unabdingbarkeit. Den Kapitalmarkt hingegen, wie etwa auch das Thema Freihandel, als exportorientierte Nation ins Schmutzdeleck zu stellen, beschädigt den (Wohl-)Standort Österreich.

Gerade vor diesem Hintergrund braucht es ein breites Bewusstsein in der Bevölkerung und Politik, dass der Kapitalmarkt Österreich eben Beschäftigung, Wachstum und damit Wohlstand schafft und sichert. Koppeln wir uns von diesen Erfolgsfaktoren in einer populistischen Debatte ab, sind die unbestrittenen Errungenschaften der Zweiten Republik auch schnell wieder in Gefahr.

Neben den grundsätzlichen regulatorischen und steuerlichen Forderungen des Aktienforums (siehe Story ab S. 2) sei an dieser Stelle auch auf die Reputationsbasis des Kapitalmarkts verwiesen. Denn die Ausgangssituation für den Börseplatz wäre grundsätzlich positiv. Die Wiener Börse ist als Markt für Aktionäre attraktiv und hat zuletzt auch wichtige und richtige Initiativen gesetzt. Internationale Roadshows und die Eröffnung neuer Marktsegmente haben etwa neue Börsegänge gebracht. Die Initiativen während der vergangenen, allerdings sehr kurzen Regierungsperiode, haben durchaus „positive Signale und Effekte“ gezeigt, bestätigt auch Aktienforum-Präsident Ottel. Dass die Anzahl der börsennotierten Unternehmen in Österreich im langfristigen Trend allerdings rückläufig ist, muss als „Auftrag an die nächste Bundesregierung“ gesehen werden.

Die Rahmenbedingungen müssen auch mit einem positiven Branding des Finanzplatzes Wien unterstützt werden. Denn die

Wie viele direkte und indirekte Arbeitsplätze die 75 börsennotierten Unternehmen sichern



Außenwahrnehmung des Kapitalmarkts in Österreich ist nicht egal. In dieser Hinsicht wäre das Erstellen eines nationalen Aktionsplans zur Weiterentwicklung des „Öko-Systems Kapitalmarkt“ sicher zentral. Daneben braucht es nicht nur ein aktives Bekenntnis zentraler politischer Stakeholder zum Börseplatz, sondern darüber hinaus auch aktive Maßnahmen, um eben eine positive Markenbildung zu unterstützen.

Aktienforum-Umfragen jüngerer Datums zeigen allerdings, dass zwar drei Viertel der österreichischen Bevölkerung Finanzbildung für positiv und sinnvoll halten. Dennoch geben rund 80 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher laut Eigeneinschätzung an, sich am Kapitalmarkt de facto kaum oder gar nicht auszukennen.

Bildung als Schlüssel

Eine klare Strategie zur Finanzbildung wäre daher ein wichtiger erster Schritt. Gerade den jüngeren Generationen muss man das nötige Wirtschafts- und Finanzwissen mitgeben. „Denn Bildung verhindert Armut und ist der beste Anlegerschutz“, sagt Ottel. Das wirtschaftlich wichtige Ziel wäre, dass jede Schülerin und jeder Schüler nach Vollendung der Schulpflicht über eine gewisse Basis an wirtschaftlichen Kenntnissen verfügen. Ein eigenes Fach in den Lehrplänen zu verankern wäre dabei genauso denkbar, wie in einem ersten Schritt das OECD-Pisa-Tool zu „Financial Literacy“ auch in Österreich einzusetzen.

Position Aktienforum

- Volkswirtschaftlichen Impact des Kapitalmarkts außer Streit stellen
- Maßnahmen zur Verbesserung der Reputation des Kapitalmarkts in der Öffentlichkeit
- Maßnahmen zur Hebung der Financial Literacy setzen

Beschäftigungsverhältnisse
börsennotierter
Unternehmen

2017: **400.000**

2019: **435.000**

Aktienforum

Die Interessenvertretung der börsennotierten Unternehmen und Plattform zur Förderung des österreichischen Kapitalmarkts

Das Aktienforum repräsentiert die wesentlichen Verantwortungsträger am Finanzplatz Österreich. Auf unsere Mitglieder entfallen drei Viertel der Marktkapitalisierung der Wiener Börse. Neben den börsennotierten Unternehmen sind Banken und Finanzdienstleister, Finanzberater und andere Interessenvertretungen, die sich für den österreichischen Finanzplatz und Kapitalmarkt engagieren, Mitglied des Aktienforums.

Das Aktienforum vertritt seit seiner Gründung im Jahr 1989 die Interessen seiner Mitglieder sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene und ist Mitglied des europäischen Emittentenverbandes EuropeanIssuers und der European Association for Share Promotion (EASP).



Robert Ottel
Präsident
des Aktienforums



Karl Fuchs
Geschäftsführer
des Aktienforums

Impressum

**Medieninhaber und
Herausgeber:**
Aktienforum –
Österreichischer
Verband für Aktien-
Emittenten und
-Investoren
Lothringerstraße 12,
1030 Wien
www.aktienforum.org
ZVR-Zahl: 376366751

Wir freuen uns über Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit zur Verfügung.

Geschäftsführer Mag. Karl Fuchs
k.fuchs@aktienforum.org

Sie finden "Der Kapitalmarkt" auch in elektronischer Form unter:
www.aktienforum.org

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.
Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.
Fotocredits: Glaser, Gettyimage